

„Ein Herz nicht nur für Kinder“ - so lautet der Titel unseres Kurzporträts. Blanka Schulze, in ihrem Beruf und in der LINKEN mehr als engagiert, gehört zu den vielen Unentbehrlichen, die die Stärke der Partei ausmachen. Seite 2

Von anderen kann man lernen. Deshalb haben sich junge Abgeordnete der LINKEN, der SPD und der Grünen auf den Weg begeben, um zu ergründen, wie es in anderen Ländern mit Koalitionen aussieht. „Oslo kann so schön sein!“ Seite 3

Vor 20 Jahren, im Frühjahr 1990, legte sich die damalige PDS ins Zeug, um bei den Wahlen erfolgreich abzuschneiden. Wie sahen die Strukturen in der Partei aus, mit welchen Mitteln wurde der Wahlkampf geführt? Seite 7

Ehrung von Kurt Julius Goldstein

Am 11. April 2010 wird der südliche Teil des Hellersdorfer Stadtteilparks am U-Bahnhof Hellersdorf nach Kurt Julius Goldstein benannt. Aus diesem Grunde vier Fragen an Bezirksstadtrat Norbert Lütcke:

• Wie kam es zu diesem Vorschlag?

Unsere Fraktion hat einen entsprechenden Antrag im Oktober 2009 in die BVV eingebracht. Dieser wurde ohne große Probleme mehrheitlich beschlossen. Ich habe mich dafür eingesetzt, den zweiten Teil des Stadtteilparks Hellersdorf als Namensort auszuwählen. Julius Goldstein war Jude und Kommunist und während der Zeit des Faschismus im antifaschistischen Widerstandskampf. Er wurde von den Nazis gefangen und in mehreren KZ eingesperrt, so in Auschwitz. Er überlebte den Todesmarsch nach Buchenwald, war dort im April 1945 am Häftlingsaufstand beteiligt und erlebte die Befreiung des KZ am 11. April 1945. Gemeinsam mit 21 000 Überlebenden leistete er am 19. April 1945 den Schwur von Buchenwald. Nach dem 2. Weltkrieg war er nach seiner Übersiedlung in die DDR 1951 u.a. Intendant des „Deutschlandsenders/Stimme der DDR“. Er war Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und seit 1994 Ehrenvorsitzender des Interessenverbandes der Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, der Verfolgten des Naziregimes und der Hinterbliebenen. 2005 erhielt er das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland als Würdigung für seine Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf. Julius Goldstein hat viele Jahre in Biesdorf gelebt und ist uns von vielen Veranstaltungen in Erinnerung geblieben. Mit der Benennung des Parks erinnern wir an einen kommunistischen Widerstandskämpfer.

• Warum gerade dieser Ort?

Der jetzt fertig gestellte Park ist ein wichtiger Ort im Bezirk, in der Nähe der Hellen Mitte

und er wird darüber hinaus seine Wirkung haben. Über die Anlegung des Parks wurde viel gestritten und öffentliche Mittel sind auf-



Kurt Julius Goldstein im Jahr 2005.

Foto: Klaus Teßmann

gewendet worden. Die Gestaltung passt nach meiner Meinung gut zur Person des Namensgebers. Sie ist naturnah und den örtlichen Gegebenheiten angepasst. Der Kurt-Julius-Goldstein-Park ist Bestandteil eines Grünzugs, der sich durch Hellersdorf zieht und bereits einige markante Punkte aufweist.

• Was hat es mit diesem Grünzug auf sich?

Zu diesem Grünzug gehören der Hellersdorfer Graben, der Historische Ort, in der Nähe des U-Bahnhofs Cottbusser Platz, und der Regine-Hildebrandt-Park. Weitere Vorhaben

sind in Planung, wie der weitere Ausbau von Wegen und Radwegen. Schritt für Schritt soll ein kleines Naherholungsgebiet für die Großsiedlung Hellersdorf entstehen.

• Warum der 11. April 2010 als Tag der Namensgebung, und wer ist eingeladen?

Die feierliche Namensgebung findet 65 Jahre nach der Befreiung von Buchenwald statt. Der Park wird den Namen „Kurt Julius Goldstein“ tragen, wobei der Vorname Kurt daran erinnert, dass Julius Goldstein in seiner Zeit im Widerstand den Namen Kurt Berger trug. Zur Namensgebung eingeladen sind VertreterInnen des Bundestages und des Abgeordnetenhauses, des Senats und der Jüdischen Gemeinde Berlins, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, des Internationalen Auschwitzkomitees sowie die vier Söhne von Kurt Julius Goldstein. Das Gespräch führte **Renate Schilling**.

Die Namensgebung findet am 11. April 2010 um 11 Uhr an der befestigten Fläche im Park am Ende des neuen Stegs an der Heidenauer Straße statt (am U-Bahnhof Hellersdorf).

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Blanka Schulze / Pau contra Lafontaine?

Seite 3:

LINKE-Tagung zur sozialen Lage / Oslo kann so schön sein

Seite 4:

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Schloss Biesdorf - neuer Kunststandort / Bitte kein Einheitsdenkmal in Berlin!

Seite 6:

Forschen unterm Fallbeil / Der nächste Sommer kommt bestimmt

Seite 7:

Kommunalwahlkampf vor 20 Jahren

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: **Blanka Schulze**

Ein Herz nicht nur für Kinder

Bei den Biesdorfer Genossen ist sie keine Unbekannte. Und das nicht nur, weil sie auf dem Grundstück am „Fledermausbaum“ wohnt, der inzwischen in fast aller Munde ist.

Blanka Schulze sitzt lieber in der zweiten Reihe, wie sie sagt. Sie ist eine der vielen, fleißigen Mitglieder, die dafür sorgen, dass Informationen verteilt und kommuniziert werden, nicht nur in Wahljahren.

Beruflich steht die 59-jährige Berlinerin thüringischer Abstammung allerdings an vorderster Front. Seit ihrer Ausbildung zur Kinderpflegerin in der DDR ist Blanka mit Leib und Seele als Krippenerzieherin, nach der Wende Erzieherin, tätig. Im nächsten Jahr kann sie ihr 40-jähriges Berufsjubiläum feiern. Geprägt für die Arbeit mit Kindern wurde sie durch ihre Eltern. Durch ihren Mann, ein Biesdorfer Urgestein, und über die FDJ-Initiative Berlin



Blanka Schulze Foto: S. Behrens

kam sie 1978 nach Berlin, hat die 4. Kinderkombination (Kombination von Kinderkrippe für die bis Zweijährigen und Kindergarten) mit eingerichtet.

Nach zehn Jahren Erfahrung mit Thüringer Kindern hatte und hat sie auch mit den Berliner Gören Spaß. Immer noch. Seit neun Jahren arbeitet Blanka Schulze in einer Integrationskita mit behinderten Kindern, inzwi-

schen in freier Trägerschaft. Die Übertragung wertet sie positiv, das Team blieb erhalten und arbeitet schon langjährig zusammen. Heute ist vieles anders. Die ErzieherInnen verfügen über mehr Freiräume, dafür sind die personellen Ressourcen knapp. Regelmäßige Entwicklungsgespräche mit den zum Teil sehr

jungen Eltern stoßen auf Interesse. Hartz IV und Armut sind häufige Begleiter in den Familien. Daher liest die Delegierte der Hauptversammlung die Studie „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ besonders intensiv.

Und was macht eine Frau der zweiten Reihe in der Partei?

Sie geht zu den Beratungen, verteilt die „Marzahn-Hellersdorf links“ in Briefkästen, be-

teiligt sich an der Standbetreuung, hält Kontakt per Hausbesuch zu Genossen, die nicht mehr zur BO-Versammlung kommen können. Die BO-Treffen bereitet sie gemeinsam mit Erika Driedger und Rainer Rau vor, auch Einladungen werden verschickt. Ihr Mann leiht ihr dabei gern seine helfende Hand.

Was sie aktuell bewegt, möchte ich wissen. Einen Schwerpunkt sieht die Genossin in der

Programmdebatte bis zum Parteitag im April. Vor Ort beschäftigt sie die Diskussion zum Konzept für das Schloss Biesdorf, in das das Stadtteilzentrum unbedingt integriert werden sollte. „Politik und Musik“ ist eine gute Veranstaltungsreihe, jedoch könnte man noch mehr Bürger ansprechen. Sehr gut besucht sind die Schlosskonzerte.

Seit 2006 arbeitet Blanka aus eigenem Interesse in der AG Familie, Soziales, Senioren zum Bürgerhaushalt mit. Gern vertritt die Biesdorferin dort auch die Interessen ihrer Mitbürger.

Sabine Behrens

Marzahn-Hymne:

Ich mag die Platte!

Wie hat's mir damals gut getan;
da sprach mein BGLer:
„Du kriegst 'ne Wohnung in Marzahn
mit Vollkomfort und Keller.“

Da hab ich einen drauf gemacht
und schnallte spät erst in der Nacht,
was für ein großes Glück ich hatte:
Ich mag die Platte!

Zwar ham wir weder KadeWe,
noch 'ne Elite-Schule;
doch dafür einen Bagger-See
und unser Flüsschen Wuhle.

Die Häuser sind nicht elegant,
und arg beschmiert ist manche Wand.
Hier sagt man „Ehemann“, nicht „Gatte“.
Ich mag die Platte!

Von Hellersdorf und von Marzahn
kommt man ratz-batz nach Mitte
mit S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn
und Fahrrad auch – na bitte!

Und raus ins Grüne geht's hier leicht,
weil Wald und Flur man schnell erreicht.
Die Landluft lockt, die satte, glatte ...
Ich mag die Platte!

Wir haben manchmal wenig Geld
und leben gern mit Hunden.
Die Gärten aus der ganzen Welt
kann man bei uns erkunden.

Auch Arbeitslose gibt es hier,
die leben mühsam von „Hartz IV“,
doch niemals in der Hängematte.
Ich mag die Platte!

Wir sind der Osten von Berlin,
wie damals – so auch heute.
Minister zieht's hier selten hin,
hier leben kleine Leute ...

... und mancher, der gut russisch spricht.
Wer neureich ist, der wohnt hier nicht,
packt lieber westwärts sich in Watte! –
Ich mag die Platte!

Petra Pau (MdB):

Pau contra Lafontaine?

Die Demokratie hat Schwindsucht. Diesen Befund vertrete ich seit Jahren, allen offiziellen Sonntagsreden zum Trotz. Die mangelnde Beteiligung an Wahlen ist nur ein Indiz dafür, übrigens auch in Marzahn-Hellersdorf. Das eigentliche Problem liegt tiefer. Wir haben es mit einer Politik zu tun, die sich selbst entmachtet. Immer mehr Kompetenzen werden in Sphären verlagert, wo niemand mehr durchsieht und die nur schwer kontrollierbar sind. Zum Beispiel in die „Europäische Union“, von der viele in Anspielung an ein altes Sprichwort meinen: „Russland ist groß und der Zar ist fern.“ Oder an undurchsichtige Mächte einer ebenso dunklen Finanz-Welt, die längst um ganze Staaten pokern, wie aktuell um Griechenland.

Nun höre ich zuweilen Kommentare, wie: „Das haben wir doch immer gesagt!“ Oder: „Hast Du vergessen, was Marx und Lenin uns gelehrt haben?“ Ich kann mit derart selbstgewisser Schadenfreude wenig anfangen. Der Imperialismus ist die höchste Stufe des Kapitalismus, faul, parasitär und sterbend, gehört zu solchen Glaubenssätzen, die nur leider wenig nützen. Natürlich ist das kapita-

listische System „parasitär“. Wer wollte daran zweifeln angesichts zunehmender Armut, verheerender Umweltzerstörung und neuer Kriege. Aber hinterlistig, wie er ist, stirbt der Kapitalismus einfach nicht. Er schlottert nicht einmal, wenn DIE LINKE ein neues Programm entwirft, das gut und gerne aus dem vorigen Jahrhundert stammen könnte.

Andere finden den Programm-Entwurf super. Natürlich kenne ich die Neigung vieler Medien, daraus eine Schlagzeile zu prägen: „Pau rebelliert gegen Lafontaine!“ Schwachsinn! Uns beide eint das Streben nach einem demokratischen Sozialismus, als Alternative zum herrschenden Kapitalismus. Aber der Weg dorthin ist fürwahr umstritten. Alles Wichtige verstaatlichen und Hände weg vom Regieren, das sind zum Beispiel „Leitlinien“, die ich nicht teile. Auch darüber lässt sich trefflich diskutieren. Von einem bin ich allerdings – aus Erfahrung klüger – überzeugt: DIE neue LINKE muss immer auch eine moderne sozialistische Bürgerrechtspartei sein. Wirkliche Demokratie ist dabei ein Schlüsselwort. Dieses Credo von Rosa Luxemburg übernehme ich gern.

Wolfgang Reuter, 10. 03. 2010

DIE LINKE tagte zur sozialen Lage

Bereits im Jahr 2007 beschloss die 1. Tagung der 1. Hauptversammlung der neu gegründeten Partei DIE LINKE im Bezirk, sich kontinuierlich mit der sozialen Lage im Bezirk zu befassen.

Im Mittelpunkt der Hauptversammlung am 21. März stand eine Studie mit dem Titel „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“. Unter Federführung von Dr. Rainer Ferchland und im Auftrag des Kommunalpolitischen Forums entstanden, diente sie als Diskussionsgrundlage. Es waren auch VertreterInnen freier Träger der sozialen Arbeit eingeladen, sich mit ihren Erfahrungen und Sachverstand hierzu einzubringen. Dem waren Vertreterinnen des Quartiersmanagement Mehrower Allee, des Kiek in e.V. und von pad e.V. gefolgt.

Außerdem wählte die Hauptversammlung die Delegierten des Bezirksverbandes für den

2. Bundesparteitag der LINKEN, dessen 1. Tagung am 15./16. Mai in Rostock stattfinden wird. Der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf hat gemäß dem gültigen Delegierten-schlüssel sechs Mandate.

Auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung wurden gewählt:

- **Petra Pau**
- **Dagmar Pohle**
- **Angelika Skrzypczak**

Auf der gemischten Liste wurden gewählt:

- **Fritz Gläser**
- **Eberhard Roloff**
- **Bjoern Tielebein.**

Die Finanzrevisionskommission wurde auf der 1. Tagung der 2. Hauptversammlung nicht vollständig besetzt. Somit war eine Nachwahl erforderlich, bei der **Maria Heinich** als weiteres Mitglied gewählt wurde.

Redaktion MaHeli

Unternehmerfrühstück im Deutschen Bundestag

In den Räumen des Deutschen Bundestages fand im Februar das traditionelle Unternehmerfrühstück des Linken Wirtschaftsforums des Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf der Partei DIE LINKE statt.

Es war auch diesmal wieder gut besucht. Petra Pau, langjährige Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages hatte dazu in ihre Wirkungsstätte, den Deutschen Bundestag eingeladen. Auch Mitglieder unseres Vereins nutzen die Gelegenheit ihre alltäglichen Sorgen und Probleme zur Sprache zu bringen.

Dabei beklagten Kleinunternehmer ihre Probleme in der Auseinandersetzung mit der allgegenwärtigen Bürokratie. Neben Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik standen natürlich auch Fragen zum Klimaschutz und zur sinnvollen energetischen Gebäudesanierung zur Diskussion.

Die Möglichkeit, anschließend die Gebäude des Bundestages zu besichtigen, wurde gern genutzt. Nachdenklich betrachteten die Teilnehmer die erhalten gebliebenen Inschriften der Soldaten der Roten Armee nach der Befreiung des Reichstages 1945.

Aus: Newsletter des MHWK

Weder Diskreditierung noch Generalverdacht

Auf der jüngsten Hauptversammlung gab es Kritik an der Studie zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen. Kritisiert wurden Positionen im Zusammenhang mit der Überführung von sechs kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen in freie Trägerschaft. Laut Studie sind als deren Folge „quantitative und qualitative Einschränkungen der Jugendarbeit“ zu befürchten (S. 92). Martin Kleinfelder sieht darin den „Generalverdacht“, Mitarbeiter der freien Träger würden generell eine schlechtere Arbeit leisten als solche in kommunalen Einrichtungen. Er weist auch die Erwartung zurück, dass sich Informiertheit des Jugendamtes und Berichterstattung über Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen durch die freie Trägerschaft verschlechtern werden. Dagmar Pohle unterstützte Martins Kritik und betonte, Mitarbeiter/innen freier Träger müsse man vor Diskreditierung schützen.

Darauf möchte ich erwidern, dass die befürchteten Einschränkungen mit den finanziellen „Einsparungen“ (Geld für 13 statt bisher 21 Mitarbeiter/innen) begründet wurden und nicht auf einer Geringschätzung der Qualifikation oder Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten basierten. Negative Folgen für die (Sozial-) Berichterstattung befürchten wir, weil uns das Jugendamt wegen fehlender Berichtspflicht der freien Träger für die Studie nur Daten über kommunale Einrichtungen zur Verfügung stellen konnte.

Außerhalb meiner (Mit-)Verantwortung für die Studie, aber als Mitglied der LINKEN möchte ich noch hinzufügen: Die Überführung in freie Trägerschaft ist m.E. eine aus der finanziellen Not (Haushalt) geborene Privatisierungsmaßnahme, die auf den Erhalt der sechs Einrichtungen zielt und so diesmal auch gerechtfertigt werden kann – als kleineres Übel. Teil des Übels: In der Regel sind Mitarbeiter/innen freier Träger weniger sozial und ta-

riflich abgesichert und schlechter bezahlt als im öffentlichen Dienst. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, in dem die meisten freien Träger organisiert sind, hat mit der Berufsgewerkschaft DHV, Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund, einen „Gefälligkeitsarbeitsvertrag“ abgeschlossen, der ab 1.11.2009 gelten soll (blz März 2010, S. 25). Schlechte Voraussetzungen für faire Arbeitsverhältnisse bei vielen freien Trägern.

Rainer Ferchland

Oslo kann so schön sein!

Oslo ist eine attraktive Stadt und immer einen Besuch der skandinavischen Gefilde wert. Nun ist die Stadt durch die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zum Namensgeber für ein politisches Projekt in Deutschland geworden. Ursache dafür ist die gut arbeitende Regierung Norwegens, die sich aus Sozialdemokraten, unseren grün-linken Partnern und einem dritten Koalitionär zusammensetzt. Auch wenn es ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl etwas früh scheint, über neue machtpolitische Perspektiven im Bund zu sprechen, haben sich junge Abgeordnete der LINKEN, der SPD und der Grünen auf den Weg begeben. Zu groß sind die berechtigten Befürchtungen, was mit einer schwarzgelben Regierung mitten in der Krise neben Hotelier-Entlastung auf Kosten der Kommunen und einfachen Steuerzahler oder der Kopfpauschale noch an Sozialabbau, ungerechter Steuerpolitik und Klientelwirtschaft droht.

Die Zukunftsaufgaben werden so nicht angegangen. Dabei bedarf es einer neuen Regulation von Wirtschaft und insbesondere Finanzmärkten. Ein Umsteuern angesichts der Klimakrise ist nötig. Umverteilung von oben nach unten ist unabdingbar, um diese Aufgaben zu lösen, um wieder mehr soziale und Steuergerechtigkeit herzustellen und aus den Sonntagsreden über bessere Bildungschan-

cen endlich konkrete Schritte ableiten zu können. Dazu braucht es einen Politik- und Regierungswechsel. Ob sich Grüne und mehr noch die SPD inhaltlich von einigen zentralen Fehlern ihrer Regierungszeiten absetzen und neue Debatten und Konzepte für ein mitte-linkes Projekt entwickeln bleibt abzuwarten. Dennoch bestehen Hausaufgaben für alle potentiellen Partner einer Regierungsalternative zu Merkel und Westerwelle.

Das Kennenlernen unter jungen Politikern der drei Parteien, die Debatte zu den Herausforderungen und möglichen Antworten sind mir ein wichtiges Anliegen. Neben der Programmdebatte und konzeptionellen Diskursen in den eigenen Reihen und mit Partnern in den Gewerkschaften und Bewegungen müssen wir ausloten, was im mitte-linken Spektrum gemeinsam gestaltbar ist und wo die Differenzen liegen. Mindestlohn, ÖBS, längeres gemeinsames Lernen, Vermögensteuer, strengere Finanzmarktkontrolle und Solarwende sind passfähige Stichworte. Eine übergreifende Idee und die Grundverständigung in zahlreichen Dissensfragen stehen aber noch aus. Gleichwohl gilt, ein Wettbewerb moderner linker Konzepte kann diesem Land nur gut tun. Und uns auch. Damit wir Oslo absehbar auch in Berlin erleben können.

Stefan Liebich (MdB)

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand beschäftigt sich in seinen Beratungen ständig mit der komplizierten Situation, die in der LINKEN in Vorbereitung ihres 2. Bundesparteitages eingetreten ist. Es ist nicht verwunderlich, dass die vorgesehenen Satzungsänderungen, die unterbreiteten Personalvorschläge und auch die Diskussion zum inzwischen veröffentlichten Entwurf des Parteiprogramms durchaus unterschiedliche Reaktionen bei den Mitgliedern ausgelöst haben, die sich wohl auch nicht schnell überwinden lassen. Der Bezirksvorstand appelliert an alle Mitglieder, die Diskussion sachlich zu führen und die Tatsache anzuerkennen, dass die weitere Entwicklung der LINKEN Kompromisse zwischen unterschiedlichen Auffassungen erfordert. Deshalb sollten sich alle Mitglieder am Mitgliederentscheid beteiligen und sich verantwortungsbewusst entscheiden.

Die 2. Tagung der Hauptversammlung unserer Bezirksorganisation hat einen wichtigen Beitrag zur Analyse der sozialen Situation im Bezirk, besonders unter Kindern und Jugendlichen, geleistet und auf hohem Niveau eine Diskussion begonnen, die in den nächsten Wochen und Monaten auch in den Basisorganisationen fortgesetzt werden soll. Der einleitende Vortrag von Rainer Ferchland und die Beiträge freier Träger, die als Gast an der Versammlung teilnahmen, haben dazu wesentlich beigetragen. Der Bezirksvorstand hat sich bei ihnen dafür bedankt.

Am 23. März beriet der Bezirksvorstand über rechtsextremistische Aktivitäten im Bezirk und Gegenstrategien dazu. An der Sitzung nahmen unter anderem Vertreter der Polizei, der bezirklichen Koordinierungsstelle „polis“ und des Antifaschistischen Bündnisses Marzahn-Hellersdorf (ABM) teil. Der Vertreter des Polizeiabschnittes gab eine Übersicht über Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund und erläuterte verschiedene Strategien der Polizei zur Prävention. In der Diskussion wurden Gedanken zum Zusammenwirken der verschiedenen Akteure ausgetauscht, es gab Übereinstimmung, dass diese Gespräche fortgesetzt werden und auch über die Schaffung bezirklicher Traditionen (z. B. „Schöner leben ohne Nazis“) beraten werden soll.

Bernd Preußer

Neuer alter DGB-Kreisvorstand „Ost“

Wie erwartet, wurden die Vorsitzende, Dagmar Poetzsch (GEW), und ihr Stellvertreter Henry Münstermann (ver.di) am 9. März mit übergroßer Mehrheit in ihren Funktionen bestätigt.

Bemerkenswert: ver.di entsandte zwei neue „Junge“ (U 50).

Wie gewohnt und befürchtet, waren nur ver.di, GEW und IG BAU vertreten. Konsequenz solch' Einzelgewerkschaftlicher Enthaltensamkeit: weil anteilig den Gewerkschaften GdP, IGM, IG BCE, transnet und NGG vorbehalten, blieben 8 der insgesamt 15 Mandate unbesetzt.

Indes, der Kreisvorstand ist arbeitsfähig und wird dranbleiben, auch die anderen DGB-„Schwestern“ zu solidarischem Mittun zu bewegen. Naher Anlass: die Vorbereitung der Aktionen zum 1. Mai. Tage später tritt der DGB-Bundeskongress in Berlin zusammen.

Bernd-R. Lehmann (IG BAU)



Gewerkschafter unter sich: (v.r.) Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA; DIE LINKE; ver.di), Dagmar Poetzsch (GEW) und Henry Münstermann (ver.di)
Foto: Bernd-R. Lehmann

merci спасибо thank you



Kundgebung

anlässlich des 65. Jahrestages der
Befreiung vom Nationalsozialismus

21. April 2010 | 15.00 Uhr

Erstes befreites Haus | Landsberger Allee 563 | 12679 Berlin

RednerInnen:

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin
Zeitzeuge n.n.

DIE LINKE.
Marzahn-Hellersdorf

Besuch aus der Ukraine

Zu Beginn der März-Sitzung der BVV richtete ein Vertreter der Partei „Unsere Ukraine“ ein Grußwort an die Bezirksverordnetenversammlung. Petra Wermke, Vorsteherin der BVV, bedankte sich im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich.

Themenschwerpunkte dieser Sitzung aus Sicht der Linksfraktion waren u. a. die interkulturelle Öffnung der Bibliotheken des Bezirks. Zoe Dahler, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, fragte in einer Großen Anfrage nach dem mehrsprachigen Medienbestand auf Russisch und Vietnamesisch. Im Verlauf der Beantwortung wurde deutlich, dass der Bezirk auf diesem Gebiet eine gute Arbeit leistet und vor allem die Schulen des Bezirks als PartnerInnen sucht.

Ohne Debatte wurde von allen Parteien ein Antrag der LINKEN beschlossen, der sich für ein transparenteres Zuwendungsverfahren für freie Träger der sozialen Arbeit einsetzt. Es wird gefordert, Vorstandsgelälter offenzulegen und die Mitbestimmung der Beschäftigten zu garantieren.

Regina Kittler, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, wollte in einer Großen Anfrage wissen, wie der aktuelle Stand zum Bau eines Jugendklubs am Balzer Platz in Biesdorf-Süd aussieht. 2011 soll das neue Haus fertig sein und seine Türen öffnen. In der Beantwortung umriss Jugendstadträtin Manuela Schmidt ein Mehrgenerationen-Projekt, in dem ältere und junge Menschen gemeinsam NutzerInnen dieses Hauses sein sollen. BVV und Öffentlichkeit werden in die Konzeptentwicklung einbezogen.

Zuletzt stand ein Antrag der Grünen auf der Tagesordnung, dem Stadtrat für Ökologische Stadtentwicklung eine Missbilligung auszusprechen. Klaus-Jürgen Dahler wies dies für die Linksfraktion scharf zurück. Es gäbe weder einen ernst zu nehmenden Grund für eine persönliche Missbilligung noch sei der Wahlkampf bereits eröffnet. Der Antrag wurde von einer breiten Mehrheit letztlich abgelehnt.

Bjoern Tielebein

Schloss Biesdorf – neuer Kunststandort für Berlin und Perle der Stadtteilkultur

Welch große Bedeutung der viele Jahre angestrebte und nun greifbar nahe Wiederaufbau des Obergeschosses des Schlosses Biesdorf für unseren Bezirk hat, der aber auch mit nicht einfachen Entscheidungsfragen verbunden ist, haben die jetzt zu Ende gegangenen Diskussionen in mehreren BVV-Ausschüssen und auch im Kulturbeirat zu dem vom Bezirksamt beschlossenen Nutzungskonzept deutlich gemacht. Das für viele Bezirksverordnete wichtigste Problem – wie die seit vielen Jahren von BALL e.V. so erfolgreich gestaltete kulturelle Arbeit in Koexistenz mit der „Galerie Bilderstreit“ als künftiger Hauptnutzerin fortgesetzt werden kann und die Funktion eines sozialen Stadtteilzentrums für Biesdorf dann erfüllt werden wird – ist intensiv erörtert worden und hat zu entsprechenden Aufträgen der BVV an das Bezirksamt geführt. Dazu gehört auch, nun die Öffentlichkeit über das einmalige Projekt gut zu informieren. Das Biesdorfer Blütenfest ist dafür die nächste Gelegenheit. Welches Potential die in den Speichern des Kunstarchivs in Beeskow schlummernde Kunst aus der DDR dar-



stellt, sollte – gleichsam als „Vorfremde“ auf ihre Ausstellung – ein Schwerpunkt der Bürgerinformation werden. Die Galerie wird ein Kunststandort von Berlin weiter Ausstrahlung mit großer touristischer Anziehung werden. Als Vorsitzender der „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte Schloss Biesdorf e.V.“ freue ich mich natürlich über den erreichten Stand. Seit zehn Jahren hat unser Verein, lange Zeit unter der engagierten Führung von Dr. Günter Peters, entscheidende Vorleistungen und Voraussetzungen dafür erbracht. Die Sanierung der Außenhülle von 2002 bis 2007 für über 1,6 Mio. Euro, ein Architektengutachterverfahren, die Akquise

von 3,5 Mio. Euro bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, der Anschub der EFRE-Förderung sind die Stichworte. Seit Ende 2009 ist als leistungsstarker Partner die „Stiftung Denkmalschutz Berlin“ hinzugekommen, mit deren Möglichkeiten nun der Förderantrag gestellt ist, das Bauprojekt verwirklicht und die künftige Betreuung gestaltet werden soll. Wie das künftig geschehen wird, hängt auch davon ab, wie sich die Bürger und im Bezirk tätige Vereine einbringen. Unser Verein bleibt aktiv daran beteiligt. In einem „Letter of Intent“, den ich im Oktober 2009 mit Dr. Lothar de Maiziere, dem Vorstand der Stiftung Denkmalschutz Berlin, unterzeichnet habe, wurde eine enge Zusammenarbeit verabredet, so auch zur Bildung eines gesellschaftlichen Begleitgremiums (Kuratorium) für den Wiederaufbau des Schlosses. Übrigens: Der Architekt des „Schlosses“ (korrekt: der neoklassizistischen Turmvilla), Heino Schmieden, wurde vor 175 Jahren, am 15. Mai 1835, geboren – für uns Anlass, sein Werk zum diesjährigen Biesdorfer Blütenfest mit einer Veranstaltung zu würdigen.
Dr. Heinrich Niemann

Bitte kein Einheitsdenkmal in Berlin!

Am 9. November 2007 beschloss der Bundestag die Errichtung eines „Freiheits- und Einheitsdenkmals“, „ein nationales Symbol in der Mitte der deutschen Hauptstadt“, „das an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnert, ein Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands, das zugleich die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte in Erinnerung ruft und würdigt“ (BT-Drs. 16/6925).

Im März 2008 präsentierte Kulturstatsminister Neumann (CDU) das Konzept im Bundestag. Die Einweihung des Denkmals war ursprünglich für den 20. Jahrestag des Mauerfalls geplant. Inzwischen gibt es zwar eine Dokumentation des offenen Wettbewerbes mit allen 533 eingereichten Beiträgen, aber (noch) kein Denkmal. Da keiner der Entwürfe des Gestaltungswettbewerbs überzeugte (einer der Entwürfe zeigte eine überdimensionale Banane!), man aber unbedingt am Bau festhalten wollte, wurden lediglich die Anforderungen modifiziert. Als Aufgabe für den Folgewettbewerb wurden nun allein die Erinnerung an den Herbst 1989 und die Wiedervereinigung definiert. Bis zum 26. März können interessierte KünstlerInnen ihre Arbeiten einreichen. Daraus sollen 30 Bewerbungen ausgewählt werden, die am weiteren Verfahren teilnehmen. Ein Preisgericht aus VertreterInnen aus Kunst und Politik soll dann zum

3. Oktober den Siegerentwurf küren. Im Vorfeld der 2. Wettbewerbsphase (Vorauscheidung am 26. März) geschieht nun Erstaunliches: „Bitte kein Einheitsdenkmal!“ titelte die BZ am 18. März 2010 und mobilisiert den Volkszorn gegen das Projekt! „... ist nicht übrigens das Brandenburger Tor selber das herrlichste Denkmal, das an die Überwindung von Terror und Teilung erinnert und das die ganze Welt versteht und kennt? Vergessen wir den Künstlerkram und muten uns nicht schon wieder ein abstraktes Gebilde zu, mit dem niemand etwas anfangen kann und das mit 15 Mio. Euro (so viel soll es kosten) auch einfach viel zu teuer ist.“

DIE LINKE teilt natürlich nicht die Kunstfeindlichkeit, aber gegen das Projekt haben wir uns immer ausgesprochen. Vor allem auch wegen des Standortes!

Denn das Denkmal soll auf dem Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmal stehen, auf dem Sockel jenes Denkmals, das symbolisch für die preußisch dominierte Reichseinigung von oben stand. So soll die „erste gelungene friedliche Revolution in Deutschland“ für die Mystifizierung einer doch im Ganzen positiven nationalgeschichtlichen Kontinuität instrumentalisiert werden, die mit dem geplanten Wiederaufbau des Berliner Schlosses ihren Höhepunkt finden soll. Bereits 1882 lieferte Ernest Renan die Begründung für solche nationale Inszenierungen. Demzufolge sei

gerade das Vergessen historischer Gewaltereignisse eine wichtige Voraussetzung für die nationale Identität. In dieser Logik forderten viele konservative Politiker, den Zeichen der Distanzierung von der NS-Geschichte wie dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ oder den KZ-Gedenkstätten nun neue „Mahnmale des historischen Glücks“ (Wolfgang Thierse) entgegenzusetzen. Angelehnt an Bertolt Brecht könnte man sagen: Arm das Land, das Mahnmale des Glücks nötig hat! Der Abbruch des Wettbewerbs könnte uns vor neuen Peinlichkeiten bewahren!
Dr. Thomas Flierl (MdB)

Olympia-Treff im Sportmuseum

Die 80 Teilnehmer an einem Olympia-Treff im Sportmuseum Marzahn-Hellersdorf erhielten kürzlich aus berufenem Munde Erkenntnisse und Erfahrungen des Leistungssports in der DDR und natürlich auch von den Olympischen Winterspielen in Vancouver. Die bekannten Leistungssportler und Trainer, Inge Wischniewski, Joachim Franke und Joachim Ziesche, waren gern gesehene und kompetente Gesprächspartner. Bedauerlich für den heutigen Leistungssport ist es, dass viele Erfahrungen nach 1990 in den Wind geschlagen wurden, insbesondere die guten Bedingungen für den Nachwuchsleistungssport. Wolfgang Turowski war ein umsichtiger Organisator und Horst Schubert ein sachkundiger Moderator.
Erhard Richter

Forschen unterm Fallbeil

Aus Anlass des 100. Geburtstages des Physikochemikers und Philosophen Robert Havemann (11. März 1910 - 9. April 1982) berichtete im Gesellschaftspolitischen Forum Marzahn der Wissenschaftshistoriker Dr. rer. nat. Alfred Neubauer über zwei dramatische Jahre im Leben dieses Wissenschaftlers in der NS-Zeit.

Wer war Robert Havemann? Um seine Persönlichkeit auch nur annähernd zu charakterisieren, müssten viele Aspekte berücksichtigt werden. Hier einige davon: Er war Erfinder, Physikochemiker, Biochemiker, Fotochemiker, Kampfstoffforscher, Philosoph, Hochschullehrer und Institutsdirektor für Physikalische Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Leiter der Arbeitsstelle für Fotochemie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Korrespondierendes Mitglied dieser Akademie. Einerseits war Robert Havemann ein Mann, dem auch antisemitische Verhaltensweisen in seinem Leben nachgesagt werden, der aber andererseits im Jahre 2006 von Israel postum als Gerechter unter den Völkern für seine Hilfe für jüdische Verfolgte in der NS-Zeit geehrt wurde. In der NS-Zeit wurde er als kommunistischer Widerstandskämpfer ein Opfer des deutschen Faschismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg profilierte er sich politisch als Friedenskämpfer und Stalinist, wurde in der DDR ein stark gefördertes Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), arbeitete mit dem sowjetischen Geheimdienst (1946-1952) und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (1956-63) zusammen und übte bis Mitte der 1960er Jahre eine Vielzahl von Funktionen in Politik, Hochschulwesen und Forschung der DDR aus. Im Zusammenhang mit seiner Wandlung vom Stalinisten zum Antistalinisten und der von ihm gehaltenen gesellschaftskritischen philosophisch-politischen Vorlesung über „naturwissenschaftlich Aspekte philosophischer Probleme“ geriet er in Konflikt mit der Führung der SED. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung verlor Robert Havemann 1964/65 alle seine gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen. Durch Repressionen wurde seine Isolation vom öffentlichen Leben in der DDR herbeigeführt. Sein weiteres politisches Leben in der DDR verbindet sich mit solchen Charakterisierungen wie Dissident, Oppositionspolitiker und Bürgerrechtler. In der Bundesrepublik Deutschland wurden seine Bücher wie „Dialektik ohne Dogma“, „Fragen Antworten Fragen“, „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie“ publiziert. Der Forscher wurde im Dezember 1943 wegen antifaschistischer Widerstandstätigkeit zum Tode verurteilt. Vorgesetzten, Freunden und vor allem auch Havemann selbst gelang es, die Vollstreckung des Urteils erfolgreich bis zu seiner Befreiung im April 1945 durch die Rote Armee zu verhindern. Dr. Neubauer, der als angehender Chemiker in den 1950er Jahren selbst Vorlesungen bei Havemann hörte, hat durch umfangreiche und zum Teil schwierige Archivrecherchen versucht, ein schlüssiges

Situationsbild vom Überlebenskampf des im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftierten Häftlings Havemann zu rekonstruieren. Diese Rekonstruktion ist gelungen, obwohl jeder Versuch im Fall Havemann letztlich eine Annäherung bleiben wird. Die angeregte Diskussion im

Marzahn – Gang durch „Berlins grünsten Hinterhof“

Am 13. März trafen sich ungeachtet nasskalten Wetters und unregelmäßigen S-Bahnverkehrs acht IG BAU-Kolleg(inn)en in Marzahn-NordWest. Zweckmäßig bekleidet streiften sie unter Führung des Stadtrats für Ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lütke (DIE LINKE), durch Marzahns jüngsten Stadtteil. Bereits an den Anfängen Großberlins bewiesen unsere Ururgroßväter enorme Weitsicht in ihren Stadtplanungen. Deren Kontinuität wurde zu keiner Zeit unterbrochen, lediglich die Ausführung nachhaltig von den beiden Weltkriegen gestört. Wahre Geschichte aus DDR-Tagen sind die Planübererfüllungen des Wohnungsbauprogramms. 20 Jahre danach ist an modernisierten Plat-

tenbauten und größeren Lücken der jüngst abgeschlossene Stadtbau „Ost“ nicht zu übersehen. Mehr als hundert Kunstwerke im öffentlichen Raum überstanden die „Bilderstürmeri“ der Wende- und Nachwendezeit. Vor der geretteten Bronzestatue der Frauenrechtlerin und Initiatorin des Internationalen Frauentages, Clara Zetkin, verneigten wir uns im Geiste. 100 Jahre alt geworden wäre am 11. März auch Robert Havemann. Heute ist Marzahn-Nord einer der sozialen Brennpunkte unseres Stadtbezirks, was man dem sauberen und ordentlichen Quartier auf den ersten Blick nicht ansieht. Für diesen löblichen Zustand sorgen unter anderen

Anschluss an den Vortrag bestätigte das lebendige Interesse am Leben und Wirken von Robert Havemann, und so ist auch die Ankündigung mit Freunde aufgenommen worden, dass Prof. Dr. Hubert Laitko im Mai über die gesellschaftstheoretischen Position und Vision von Robert Havemann vor dem Gesellschaftspolitischen Forum Marzahner referieren wird.

Dr. Wolfgang Girus

von Bezirksamt eingesetzte 1-EURO-Jobber. Das wiederum erregte die Kritik der für einen gesetzlichen Mindestlohn stehenden Gewerkschafter. Andererseits zeigten die Kolleg(inn)en ein gewisses Maß Verständnis für diese „Zwickmühle“ aus gesetzlichen Pflichten und Unterfinanzierung der Bezirke im „klammen“ Stadtstaat Berlin. Über Umweltverschmutzer ärgerten wir uns an der nach Stilllegung des Klärwerks Falkenberg renaturierten Neuen Wuhle und am Borkheider Teich, dem Rest eines eiszeitlichen Solles. Menschen hinterlassen hier Spuren seit der Steinzeit. Nicht so alt sind die Wohnungsbau-Genossenschaften, viele erst nach der Wende gegründet, andere schon vor 1920. Manches interessante



Von links: Der Marzahner Stadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lütke (DIE LINKE), mit den IG BAU-Kolleg(inn)en Baake und Dieter Szabadi.
Foto: Bernd-R. Lehmann

Detail ließ aufhorchen. Einig alle, dass Wohnen ein Grundrecht ist und für jedermann bezahlbar bleiben muss. Der alternative Genossenschaftsgedanke baut – genau wie der Gewerkschaftsgedanke – auf die Verantwortung eines jeden Mitgliedes und die aktive Solidarität.

Bernd-R. Lehmann (IG BAU Ortsvorsitzender)

Aus den Siedlungsgebieten:

Der nächste Sommer kommt bestimmt!

In den Sommermonaten werden die Kaulsdorfer Seen wieder im Mittelpunkt des Interesses stehen. Da die Wasserskianlage und das Freibad am Elsensee noch nicht errichtet sind, werden wieder Tausende Bürgerinnen unseres Bezirkes zu den Kaulsdorfer Seen ausweichen. Das im Bezirk befindliche Wernerbad gehört den Berliner Bäderbetrieben und ist seit 2002 geschlossen. Die Bäderbetriebe sehen zurzeit keine Möglichkeit das Bad zu sanieren. Alle Maßnahmen der Bäderbetriebe aus dem Konjunkturpaket des Landes Berlin betreffen die energetische Sanierung von Hallenbädern. Während die Becken-Freibäder noch selbst von den Bäderbetrieben bewirtschaftet werden, sind an Gewässern gelegene Freibäder wie der Tegeler See, Friedrichshagen oder der Weiße See verpachtet worden. Ein solches Modell kann sich auch der von Gabi Hiller, Rudi Ku-

jath und Mario Czaja mit gegründete „Verein der Freunde des Wernerbades“ vorstellen. Der Verein hält es für möglich, das Wernerbad mit öffentlichen Mitteln und privaten Sponsoren wieder zu beleben. Das Bezirksamt hat jetzt unter Leitung unserer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle eine Arbeitsgruppe gebildet, was dieses Anliegen befördern kann. Die notwendigen öffentlichen Mittel kann der Bezirk jedoch nicht aufbringen. Hier stehen die Berliner Bäderbetriebe und das Land Berlin in der Verantwortung. Diese Verantwortung werden wir durch Antragstellung in der BVV nachdrücklich einfordern und so die Bestrebungen des Bezirksamtes zur Schaffung von Bademöglichkeiten für die 250 000 Bewohnerinnen und Bewohner aktiv weiter unterstützen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Vor 20 Jahren

Kommunalwahlkampf im April 1990

Innerhalb weniger Wochen im Frühjahr 1990 mussten sich die Mitglieder der PDS, einer Partei, die sich in einem Umbau- und Neufindungsprozess befand, auf zwei Wahlen und auf etwas völlig Neues, auf Wahlkämpfe, einstellen. Am 18. März 1990 bei den Wahlen zur Volkskammer hatte die PDS überraschenderweise 16 % der Stimmen erhalten. Für den 6. Mai 1990 waren die Wahlen zu den Stadtbezirksversammlungen und der Stadtverordnetenversammlung angesetzt. In der PDS war der Übergang von den Betriebsparteiorganisationen zu den Basisorganisationen (BO) in den Wohngebieten noch im vollen Gange, begleitet von zahlreichen Parteiaustritten. In Marzahn und Hellersdorf waren im Januar und April 1990 neue Kreisleitungen gewählt worden. Hellersdorf zählte zu diesem Zeitpunkt 2955 Mitglieder in 100 BO. Für den Wahlkampf standen für inhaltliche und organisatorische Aufgaben noch mehr als zwei hauptamtliche Mitarbeiter/innen zur Verfügung. Die PDS Marzahn verfügte über Stützpunkte, in denen hauptamtliche Mitarbeiter den Wahlkampf in den 8 Wahlkreisen organisierten: Allee der Kosmonauten 99 (Wahlkreis I) ein hauptamtliche Mitarbeiterin; 2 Stützpunkte Alt-Marzahn 64 (Wahlkreise II und III) drei hauptamtliche Mitarbeiter; Karl-Holtz-Straße 6 (Wahlkreis IV) ein hauptamtlicher Mitarbeiter; Rosenbecker Straße 20 (Wahlkreise V und VI), zwei hauptamtliche Mitarbeiter; Alt Biesdorf (Wahlkreis VII), ein hauptamtlicher Mitarbeiter; Ingeweg 2 (Wahlkreis VIII) ein hauptamtlicher Mitarbeiter. Für die neuen Stadtbezirksversammlungen waren in Hellersdorf 120 Mitglieder und für Marzahn 105 Mitglieder festgelegt worden. Entsprechend viele Kandidatinnen und Kandidaten musste die PDS gewinnen, in Heller-

sorf waren es 107 und in Marzahn 110. In der kurzen Zeit zwischen Volkskammerwahl und Kommunalwahl wurden in beiden Kreisorganisationen erstmals Kommunalwahlprogramme erarbeitet, kurze Wahlaussagen zu einzelnen Fragen und zu spezifischen Problemen in den einzelnen Wahlkreisen formuliert und unter die Leute gebracht. Plakate und Handzettel wurden selbst angefertigt, geklebt und in die Briefkästen verteilt. Die BO führten eigenverantwortlich Wahlveranstaltungen durch und fertigten eigene Wahlzettel an. Sie waren es vor allem, die den Wahlkampf getragen haben und sich den Bürgern/innen zur Diskussion stellten. Um mit den Bürgern/innen ins Gespräch zu kommen, wurden die verschiedensten Veranstaltungen ausprobiert: in Marzahn: Klubgespräch, Öko-Kirmes zum Bepflanzen hässlicher Flecken in der Franz-Stenzer-Straße, Marzahner Wahlgespräche, „Marzahner Promenadenparty“ der PDS und der Alternativen Linken Liste (Die Nelken, FDJ, KPD, Vereinigte Linke), „Talk am Brunnen“ mit Harald Buttler, in Hellersdorf: Parteifrühschoppen mit den Kandidaten, Frühschoppen mit Kultur und Kandidaten im Klub der Werktätigen, Pestalozzistraße, Kinderfest auf dem Spielplatz Spremberger Straße, Wahlveranstaltung mit Gregor Gysi im Haus der Parteien.

Nur Weniges ist von den zahlreichen Wahlveranstaltungen überliefert. Legendar ist allerdings, dass Gregor Gysi Plätze und Säle füllte. Der Wahlausgang war für die PDS völlig offen, Wahlprognosen gab es nicht. Auf den Wahlscheinen stand die PDS in Hellersdorf auf Platz 11 und in Marzahn auf Platz 16. Wie ging es aus? Fortsetzung folgt.

Renate Schilling

Post an uns:

Ein paar Anmerkungen zu MAE und Menschenwürde

DIE LINKE hält Hartz IV für „würdelos“. Und warum beteiligt sie sich dann an seiner Umsetzung? „Das Grundgesetz und die EU-Bürgerrechts-Charta verbieten Arbeits- und Zwangsdienste.“ Dann sollten sich auch alle daran halten, um nicht als „Ewiggestrige“ dazustehen. Und wenn ein Verein heutzutage „erfolgreiche Arbeit“ leistet, egal, ob beim Erhalt einer Hütte oder eines Schlosses, sollte man doch fragen: Hatte er nicht wenigstens einen MAEer bei sich?

Der §2, der den Beitrag „Der weite Weg zur Würde“ (Marzahn-Hellersdorf links, März 2010, S. 6) einleitet, gehört auf den Tisch eines jeden bzw. einer jeden, der/die über den Einsatz von MAE-Kräften entscheidet, ob im Jobcenter oder außerhalb.

Und was den Nordwesten von Marzahn betrifft: Die aktiven Bürgerinnen und Bürger

treffen sich zumeist an anderen Orten – nicht im Bürgerzentrum. Das „Forum Aktive Bürger“ hat sich als Phantom erwiesen. Aber es ist sicher nützlich (für wen eigentlich?), immer wieder auf seine Existenz zu verweisen.

Ein Bündnis für ein Sanktionsmoratorium macht sich stark. Es fordert den sofortigen Stopp der fragwürdigen Sanktionspraxis gegen Erwerbslose. Wer das Bündnis unterstützen will, der kann das tun auf <http://www.sanktionsmoratorium.de/>. Bisher haben 18050 Menschen und Organisationen den Aufruf unterschrieben (Stand 14. März 2010, 21.30 Uhr).

Übrigens unterstützt die SPD-CDU-regierte Hansestadt Lübeck die Forderung, den Hartz-IV-Sanktionsparagrafen auszusetzen.

Dr. Reinhard Hoßfeld

Dokumentiert:

*„An die Mitglieder der Partei DIE LINKE
Berlin, März 2010*

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten Euch bitten, bei der von neun Landesverbänden aus Ost und West beantragten Urabstimmung über die neue Struktur unserer Parteispitze und eine spätere Urabstimmung zum Parteiprogramm jeweils mit Ja zu stimmen.

Das vorgeschlagene Führungsmodell ist das Ergebnis intensiver Beratungen von Parteivorstand und den Landesvorsitzenden unter der Moderation von Gregor Gysi. Diese Beratungen waren notwendig geworden nach dem der krankheitsbedingte Verzicht Oskar Lafontaines auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz in den Medien als Zeichen einer schweren Krise unserer Partei gedeutet wurde und erheblicher Schaden für die Partei auch angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu befürchten war. Hinzu kamen der frühere Verzicht auf eine erneute Kandidatur von Lothar Bisky und der spätere Verzicht von Dietmar Bartsch.

Wir haben in diesen Tagen lernen müssen, dass der Vereinigungsprozess unserer jungen Partei noch nicht so weit vorangeschritten ist, wie wir uns das alle wünschen. Umso mehr war es notwendig, eine Führungsstruktur vorzuschlagen, die die Pluralität unserer Partei ausdrückt und gleichzeitig das notwendige Maß an Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gewährleistet. Es kommt jetzt darauf an, den Vereinigungsprozess noch energischer voranzutreiben und vorhandenes Misstrauen durch das sichtbare Zusammenwirken von Personen, die die unterschiedlichen Kulturen und historischen Erfahrungen unserer Partei widerspiegeln, zu überwinden. Von größter Bedeutung ist auch, dass das gleichberechtigte Zusammenwirken von Frauen und Männern an der Spitze unserer Partei mit diesem Vorschlag zum Satzungsprinzip erhoben wird. Wir wissen, dass einzelne Elemente dieses Strukturvorschlags von manchen kritisch gesehen werden. Das ist öfter so bei einem Kompromiss. Dieser Kompromiss will die Weiterentwicklung unserer Partei voranbringen.

Ihr werdet - wie wir - festgestellt haben, dass unsere Partei nach Erreichen dieses Kompromisses zur Handlungsfähigkeit zurückgefunden hat und diese sowohl in ihrem Kampf gegen den Afghanistankrieg als auch bei der Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden eindrucksvoll bewiesen hat. Auf diesem Weg wollen wir nun mit einem Erfolg bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und auf unserem anschließenden Bundesparteitag weiter vorankommen.

Wir bitten Euch, dem vorgeschlagenen Strukturmodell insgesamt Eure Zustimmung zu geben.

Lothar Bisky

Oskar Lafontaine

Veranstaltungen

Unternehmerfrühstück

» 9.4., 9 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Dr. Jens-Peter Heuer, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Einweihung und Namensgebung

» 11.4., 11 Uhr, **festliche Namensgebung der Nord-Ost-Hälfte des Stadtparks Hellersdorf nach Dr. Kurt Julius Goldstein**, Treffpunkt ist die befestigte Fläche im Park am Ende des neuen Stegs an der Heidenauer Straße (siehe auch Seite 1)

Peter-Weiss-Bibliothek

» 11.4., 10.30 Uhr, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin, Klaus Bellin stellt sein neues Buch „**Es war wie Glas zwischen uns. Die Geschichte von Mary und Kurt Tucholsky**“ vor. Eintritt frei

Politische Bildung

» 13.4., 19 Uhr, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, „**Linke und Nation - Streit um brisante Fragen**“. Die Linke ist internationalistisch und steht doch immer wieder in nationalen Kämpfen. Sie muss sich gegen Nationalismus und für gemeinsames Handeln entscheiden. Referent: Dr. sc. phil. Stefan Bollinger, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus. Eintritt 1,50 Euro

Programmdebatte

» 14.4., 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, „**Pro und Contra zum bedingungslosen Grundeinkommen**“, Diskussionsabend mit Ronald Blaschke, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag; Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär, Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand; Moderation: Frank Beiersdorff

Gedenkkundgebung

» 21.4., 15 Uhr, Landsberger Allee 563, 12679 Berlin, anlässlich des **65. Jahrestages des Sieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus** (siehe auch Seite 4 dieser Ausgabe)

Der politische Stammtisch

» 29.4., 19 Uhr, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, „**Neun Jahre Rot-Rot - wie weiter mit Berlin?**“, mit Udo Wolf, Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Moderation: Hassan Metwally

Führung in Friedrichsfelde

» 9.5., 14 Uhr, Treffpunkt am Friedhofseingang, Gudrunstraße, 10365 Berlin, **Friedrichsfelder Friedhofsspaziergänge** mit Prof. Dr. Jürgen Hofmann und Klaus Schäling, Thema: „An der Seite der Alliierten. Kämpfer in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition“, Teilnehmerbeitrag 4 Euro, ermäßigt 2 Euro (Berliner Sozialpass)

Hinten links

MIK-Lobby

MIK - wer erinnert sich in gegenwärtigen Krisenzeiten noch des Begriffes „Militärisch-industrieller Komplex“?

Amerikaner sind echte Geschäftsleute - stets dem Dollar nachjagend. Airbus und anderen europäischen Konsortien begegnen sie aus genau diesem Grunde nicht eben fair. Was sind Verträge (wert)?

Probleme europäischer Globalplayer haben ihre Ursachen nicht nur in amerikanischen Fouls. Zum Beispiel wurde das Projekt des Militärtransporters A400M (Reichweite mit 20 t Zuladung ca. 6.500 km!) zu lax angegangen. PriceWaterhouseCoopers bescheinigen dem EADS-Management, über „keine normale Finanzkontrolle für dieses Milliardenprojekt“ verfügt zu haben. Die anfangs als Festpreis vereinbarten 20 Milliarden EUR „überflogen“ bereits die 30 Milliarden-Grenze. Deutschland ist mit 60 von 180 Bestellungen der größte der bisher sieben Abnehmer (Frankreich, Spanien, Großbritannien, Belgien, Luxemburg und die Türkei). Diese Staaten werden sich nun mit 2 Mrd. an den Mehrkosten beteiligen und an EADS weitere 1,5 Mrd. EUR als liquide Vorschüsse zahlen.

Frage

Bis wohin kommt man in einem Satz von 6.500 km?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 13.4., 27.4., 11.5. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 5.5., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» 5.5., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» 6.5., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» 6.5., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG SeniorInnen / Freundeskreis

» 15.4., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» 20.4., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» 7.4., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» 13.4., 18.30 - 20 Uhr, **Wolfgang Brauer (MdB)**, **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» 15.4., 17 Uhr, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)**, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 19.4., 17 - 18 Uhr, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 19.4., 18 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» 26.4., 16 Uhr, **Dr. Margrit Barth, (MdB)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **jeden Donnerstag, jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	9 - 17 Uhr
	Donnerstag	9 - 19 Uhr
	Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten: Jeden Mittwoch ist der Linke Treff geschlossen und auch am 30. April 2010.

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 29.3.2010. Auslieferung ab: 31.3.2010. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 6.5. und 3.6.2010.